

UN und Sonderorganisationen in Kürze

Adlai Stevenson plötzlich gestorben

Der Chefdelegierte der Vereinten Staaten bei den Vereinten Nationen, Botschafter Adlai Stevenson, ist am 14. Juli in London im St. George's Krankenhaus im Alter von 65 Jahren verstorben, nachdem er kurz zuvor auf einer Straße in der Nähe der amerikanischen Botschaft nach einem Herzinfarkt zusammengebrochen war. Sein plötzlicher Tod hat in den USA und in den Vereinten Nationen große Bestürzung und Trauer ausgelöst. Präsident Johnson, dem die Nachricht während eines Essens im Weißen Haus überbracht wurde, sagte, daß gerade Stevenson stets am meisten darum besorgt gewesen sei, die Werke des Friedens, des Fortschritts und der menschlichen Verständigung fortzusetzen. Der Präsident fuhr dann fort: »Dies ist daher der uns von Adlai Stevenson hinterlassene Auftrag: mit der Suche nach einer würdigeren Welt, einer besseren Weltordnung, einem von Krieg, Vernichtung und Unterdrückung des Geistes freien Leben für die Menschen fortzufahren. Und dies ist unser Gelöbnis im Gedenken an diesen überragenden Mann, einen wahren Bürger der Welt, daß wir unsere Kraft, unser Können, unsere Hilfsquellen und unseren Willen noch stärker für diese Sache einsetzen werden. Amerika hat einen seiner brilliantesten Köpfe und beredtesten Sprecher verloren. Die Welt der Freiheit und der Menschenwürde hat ihren stärksten Vorkämpfer verloren.« Der Botschafter war am 11. Juli von Genf kommend in London zu Gesprächen mit dem britischen Premierminister Wilson eingetroffen. Am 14. Juli, seinem Todestag, hatte er noch mit dem britischen Außenminister Stewart konferiert und dem britischen Rundfunk ein Interview gegeben, das noch am gleichen Tag ausgestrahlt wurde. Stevenson wurde als Sohn eines hohen Staatsbeamten von Illinois und Enkel eines Vizepräsidenten der USA am 5. Februar 1900 in Los Angeles geboren. Er promovierte 1922 an der Princeton University zum Bachelor of Arts und 1926 an der Northwestern University in Illinois zum Doktor der Rechte. Seit 1927 praktizierte er, mit Unterbrechungen, in Chicago als Anwalt. 1933/34 war er als Berater für eine New-Deal-Behörde und 1941/44 als Referent im Marineministerium tätig. 1945 nahm er als Sonderreferent des Außenministers an der UN-Gründungskonferenz in San Franzisko teil. 1946 und 1947 gehörte er der amerikanischen UN-Delegation an. Der Staat Illinois wählte ihn 1948 auf 4 Jahre zum Gouverneur. Zwei Mal – 1952 und 1956 – stellte ihn die demokratische Partei als Präsidentschaftskandidat auf, und von 1952 bis 1960 war er Parteivorsitzender. Als Leiter der US-Delegation bei den Vereinten Nationen seit 1961 war er Botschafter mit Kabinettsrang.

Als Stevenson im Januar 1961 von Kennedy zum US-Chefdelegierten bei der UNO ernannt wurde, war man allgemein der Ansicht, daß mit ihm ein außergewöhnlicher Mann die Vertretung der USA in diesem Weltforum übernommen habe. Stevenson war eine Persönlichkeit von hoher Bildung, weltmännisch gewandt und ein ausgezeichneter Redner, der die Nöte der Welt kannte und die Spielregeln der internationalen Diplomatie beherrschte. Er genoß als Politiker und Mensch hohes Ansehen und sein Wort hatte Einfluß und Gewicht. Ein britischer Korrespondent schrieb einmal über ihn: Stevenson hat alles, was man in den Vereinten Nationen braucht, – Auftreten, Beredsamkeit und geistiges Format.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen U Thant gab in einer an Präsident Johnson gerichteten Botschaft seiner tiefen Erschütterung und Trauer über den plötzlichen Tod Stevensons Ausdruck. Stevenson habe bei all seinen Kollegen in den Vereinten Nationen wegen seiner außerordentlichen menschlichen Qualitäten Achtung, Bewunderung und herzliche Zuneigung gefunden. Die Vereinten Nationen teilten mit dem amerikanischen Präsidenten und dem amerikanischen Volk den großen Schmerz um den Verlust dieses bedeutenden Mannes.

Die sterblichen Überreste wurden mit einer Sondermaschine Präsident Johnsons von London nach Washington überführt. Der Sarg wurde von Vizepräsident Humphrey und den nächsten Angehörigen begleitet. In der Nationalkathedrale fand ein offizieller Trauergottesdienst statt. Anschließend wurde die sterbliche Hülle nach Springfield, der Hauptstadt des Staates Illinois, dessen Gouverneur Stevenson gewesen war, überführt und im dortigen Kapitol aufgebahrt. Die Beisetzung fand in Bloomington im Staate Illinois statt, wo Stevenson aufgewachsen war. Er wurde in der Familiengruft zur letzten Ruhe gebettet. Präsident Johnson, Vizepräsident Humphrey, der oberste Bundesrichter Earl Warren sowie zahlreiche weitere hohe Persönlichkeiten nahmen an den Trauerfeierlichkeiten teil.

Am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York fand zur gleichen Zeit eine Gedenkfeier für den verstorbenen Delegierten statt, auf der unter anderem der Generalsekretär der Vereinten Nationen U Thant und der amerikanische Außenminister Dean Rusk den Toten ehrten. (Siehe Bilder S. 119, 124 und Telegramme S. 142.)

Goldberg neuer US-Chefdelegierter bei den Vereinten Nationen

Zum Nachfolger des verstorbenen US-Botschafters bei den Vereinten Nationen Adlai Stevenson hat Präsident Johnson am 21. Juli 1965 den Richter am Obersten Bundesgericht der USA, Arthur J. Goldberg, ernannt. Die Ernennung

wurde im Rahmen einer besonderen Feier im Garten des Weißen Hauses bekanntgegeben. Der amerikanische Senat hat inzwischen die Ernennung bestätigt. Präsident Johnson betonte in einer kurzen Ansprache, daß seit der Gründung der Vereinten Nationen vor 20 Jahren jeder amerikanische Präsident die besondere Bedeutung des Amtes und die Entschlossenheit der Vereinten Staaten, an ihren Verpflichtungen gegenüber der Weltorganisation festzuhalten, dadurch zum Ausdruck gebracht habe, daß er besonders hervorragende Bürger als Delegierte auswählte. – Die Ernennung Goldbergs zum Nachfolger Stevensons wurde in den Vereinten Nationen und in politischen Kreisen allgemein als völlige Überraschung empfunden, da Goldberg bisher außenpolitisch nicht tätig gewesen war, dann aber wegen seiner bekannten außergewöhnlichen Verhandlungsfähigkeiten bejaht.

Arthur J. Goldberg ist am 8. August 1908 in Chicago im Staate Illinois geboren, wo er auch die Schule besuchte. Er erwarb 1929 an der Northwestern-University den Bakkalaureus der Rechtswissenschaft und promovierte 1930 zum Doktor der Rechte. Von 1929 bis 1948 praktizierte er als Anwalt und erhielt 1937 seine Zulassung zum Obersten Bundesgericht der USA. Während des Zweiten Weltkrieges diente Goldberg als Major in der amerikanischen Armee und wurde dem Amt für strategische Dienste zugeteilt. 1948 wurde er Rechtsberater des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes CIO und der Vereinigten Stahlarbeitergewerkschaft von Amerika. Von 1955 bis 1961 war er als Sonderberater für den zusammengeschlossenen amerikanischen Gewerkschaftsverband AFL-CIO tätig, an dessen Verschmelzung er maßgeblich mitwirkte. 1961 wurde Goldberg als Arbeitsminister in das Kabinett von Präsident Kennedy berufen, der ihn dann am 29. August 1962 zum Richter am Obersten Bundesgericht ernannte.

Papst Paul VI. vor der UNO

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Papst Paul VI. während der 20. Tagung der Vollversammlung die Vereinten Nationen besuchen und vor den Delegierten der 114 Mitgliedstaaten einen Friedensaufruf an die Welt richten. Der Vatikan hat Generalsekretär U Thant eine Botschaft zukommen lassen, in der er diesen Wunsch äußert. Über die weiteren Umstände wird Stillschweigen bewahrt. Das gilt insbesondere dem Zeitpunkt des Besuchs. Die neue Vollversammlung beginnt am 21. September und schließt normalerweise vor Weihnachten. Es wird jedoch mit einer Wiederaufnahme der Tagung zu Beginn des neuen Jahres gerechnet und es scheint, daß der Besuch im Januar stattfinden wird, also nach dem bis spätestens Mitte Dezember erfolgenden Abschluß des Zweiten Vatikanischen Konzils. Ungewisheit besteht auch noch über die Frage, ob der Besuch nur den Vereinten Nationen gilt oder zugleich auch den Vereinigten Staaten.

UN-Friedenstruppe

14 Staaten haben sich bis jetzt bereit erklärt, den Vereinten Nationen für eine Friedenstruppe ständige Kontingente zur Verfügung zu stellen. Es sind die 4 skandinavischen Länder Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland, ferner Großbritannien, Kanada, Jamaika, Malta und Neuseeland, die Niederlande, Italien, Iran und die Ostblockstaaten Bulgarien und die Tschechoslowakei. 6 weitere Mitgliedstaaten der UN, nämlich Argentinien, Brasilien, Indien, Irland, Kolumbien und Österreich, stehen dem Gedanken einer UN-Friedenstruppe gleichfalls positiv gegenüber.

Der NATO-Rat zu UNO-Fragen

Auf seiner Frühjahrstagung am 11. und 12. Mai in London befaßte sich der Ministerrat der Nato u. a. mit einigen Themen der Vereinten Nationen. Zur Zypernfrage, die in einem erheblichen Maße die Beziehungen zwischen den Nato-Mitgliedern Griechenland und Türkei belastet, brachte der Rat den Wunsch zum Ausdruck, eine Verbesserung der Lage auf der Insel durch Unterstützung der Bemühungen der Friedenstruppe der Vereinten Nationen auf Zypern zu fördern. Er hoffe, daß dies dazu beitrage, die Suche nach einer vereinbarten und gerechten Lösung des Zypernproblems gemäß der diesbezüglichen Entschliebung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu erleichtern. Zur Gesamtlage der Vereinten Nationen sprach der Ministerrat die Hoffnung aus, daß unbeschadet des Rechts- und politischen Standpunktes eines jeden Mitgliedstaates bald eine Lösung für die Schwierigkeiten gefunden wird, denen sich die Vereinten Nationen gegenübersehen, damit die Weltorganisation in die Lage versetzt wird, an der Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt und der internationalen Sicherheit in der ihr gemäßen Rolle mitzuwirken. Auf dem Gebiet der Abrüstung bedauerte der Rat die geringen Fortschritte. Er wird sich seinerseits auch weiterhin für aktive Verhandlungen einsetzen, um zu Abrüstungsmaßnahmen unter wirksamer internationaler Kontrolle zu gelangen. Der Ministerrat betonte auch die Bedeutung, die er der Verhinderung einer weiteren Verbreitung von Kernwaffen beimißt.

Großbritannien für Aufnahme Rotchinas in die UNO

Auf die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen werde die britische Regierung auch weiterhin drängen, sagte Außenminister Stewart am 20. Juni in einer britischen Fernsehsendung. Stewart bedauerte, daß China nicht Mitglied in der UNO sei. Das erschwere besonders das Vietnamproblem. – Großbritannien hat Rotchina schon Anfang 1950 diplomatisch anerkannt.

»Vereinte« Nationen auch in der Schweiz

Vereinte, nicht mehr Vereinigte Nationen wird die Weltorganisation zukünftig auch in der Schweiz amtlich genannt. Für die Bezeichnung Vereinte Nationen, die dem

offiziellen Sprachgebrauch der Bundesrepublik Deutschland und Österreichs entspricht, hat sich die schweizerische Regierung nun im Zuge der auch von ihr unterstützten Bestrebungen um eine Vereinheitlichung der deutschen Übersetzung völkerrechtlicher Dokumente entschieden, wie es in einer Verlautbarung des Eidgenössischen Politischen Departements heißt. Bisher wurden die Bezeichnungen Vereinigte Nationen und Vereinte Nationen wahlweise verwendet.

Halbzeit im Entwicklungsjahrzehnt der Vereinten Nationen

In der ersten Hälfte des Entwicklungsjahrzehnts der Vereinten Nationen sind auf den einzelnen Gebieten nur ungleichmäßige Fortschritte gemacht worden. Die Verwirklichung der 1961 gesetzten Ziele liegt noch in bedenklicher Ferne. Es hat sich aber in den ersten fünf Jahren eine zunehmend aktive und wirksame internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet gezeigt. Zu dieser Feststellung gelangt ein Bericht, der dem Wirtschafts- und Sozialrat der UNO zu seiner diesjährigen Sommertagung in Genf vorgelegt wurde. – Das Jahrzehnt der Entwicklung wurde am 19. Dezember 1961 durch eine Entschliebung der Vollversammlung ins Leben gerufen. In ihr fordert die Vollversammlung alle Mitgliedstaaten auf, an einem Programm der internationalen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit teilzunehmen, um den wirtschaftlichen Wachstumsprozeß in den Entwicklungsländern zu beschleunigen. – Der Bericht führt die Erfolge ebenso wie die Versäumnisse dieser Zusammenarbeit auf. Ein organisatorischer Fortschritt wurde auf dem Gebiet des Handels durch die Errichtung der Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen gemacht. Ebenso wurden die Ausbildungsprogramme auf fast allen Gebieten der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit intensiviert und die Entwicklungsprogramme sorgfältig geplant. Die freiwilligen Zahlungen der Mitgliedstaaten für die technischen Hilfsprogramme wurden in den meisten Fällen erhöht; auch das Welternährungsprogramm erwies sich in den vergangenen Jahren als erfolgreich, so daß es fortgeführt und ausgebaut werden soll. Gleichzeitig machte sich ein wachsendes Bewußtsein und eine gerechtere Einschätzung der Rolle der Frau bei der Entwicklung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens einer Nation bemerkbar. – Auf einigen anderen Gebieten jedoch besteht weiterhin Sorge über die Erreichung der für dieses Jahrzehnt gesteckten Ziele. Auf dem Gebiet der Gesundheit konnte der in den fünfziger Jahren gemachte Fortschritt nicht beibehalten werden. In vielen Entwicklungsländern ist das gegenwärtige Anwachsen der Bevölkerung ein wichtiges Hindernis zur Erlangung eines höheren Lebensstandards. Die Weltbevölkerungskonferenz, die vom 30. August bis 10. September 1965 in Belgrad stattfindet, wird sich eingehend mit diesem Problem befassen müssen. Auch auf verschiedenen sozialen Gebieten nahm die

erwartete Entwicklung nicht den gewünschten Verlauf. So führte die Verbesserung der Erziehungsmöglichkeiten in verschiedenen Ländern zu einer größeren Arbeitslosigkeit unter den gebildeten und halbgebildeten Jugendlichen. – Die Aussichten zur Verwirklichung der vorgenommenen Ziele während der zweiten Hälfte des Entwicklungsjahrzehnts werden weitgehend davon abhängen, ob die Mitgliedstaaten größere Hilfsmittel für eine intensivierte Entwicklungshilfe auf Gebieten von vorrangiger Wichtigkeit bereit stellen.

Sonderfonds der UNO bewilligte 45 Entwicklungsprojekte

Der Verwaltungsrat des Sonderfonds der Vereinten Nationen bewilligte kürzlich 91,7 Mill. \$ für 45 neue Entwicklungsprojekte. 15 dieser Projekte sollen in Lateinamerika, 13 in Afrika, 9 in Asien, 5 in Europa und 3 im Nahen Osten durchgeführt werden. Der Sonderfonds wird 40,5 Mill. \$ zur Verfügung stellen; die beteiligten Länder müssen insgesamt 51,2 Mill. \$ zusätzlich beitragen. – Die Gesamtzahl der seit 1959 bewilligten Projekte des Sonderfonds beläuft sich damit auf 522 und die hierfür bereitgestellte Summe auf insgesamt 1149 Mill. \$. Der Sonderfonds trug davon 476,4 Mill. \$. – Das neue Programm sieht 37 Einzel- und 11 regionale Projekte vor. Es erstreckt sich auf die folgenden Gebiete: Zusammenstellung einer Übersicht über Bodenschätze, einschließlich Angaben über Land, Wasser, Erze, Wälder und Fischerei; angewandte Forschung bei landwirtschaftlichen, Herstellungs- und technischen Problemen; Ausbildung von Spezialisten, einschließlich von Tierärzten, Industriepersonal, Lehrern und Verwaltungsbeamten; Planung der wirtschaftlichen Entwicklung.

ECE-Tagung in Genf

Leitmotiv der Tagung, die wieder deutlich machte, welche potentiellen Möglichkeiten dieser einzigen gesamteuropäischen Wirtschaftsorganisation innewohnen, war die Verstärkung der industriellen Zusammenarbeit von Ost und West. Ohne die Bundesrepublik, die der Europäischen Wirtschaftskommission der UN als Vollmitglied angehört, ausdrücklich zu nennen, verwiesen Ungarn, Polen und Rumänien auf die sich anbahnende industrielle Zusammenarbeit zwischen Ländern mit unterschiedlicher wirtschaftlicher und sozialer Struktur. Ähnliche Themen wählten der Untersekretär für Wirtschaftsfragen, de Seynes, mit seinem Vortrag über die industriellen Großgesellschaften, der tschechoslowakische Chefdelegierte in seinem Memorandum über die industrielle Zusammenarbeit, Baron Platen, Schweden, in seinem Bericht über die Arbeit seiner Ad-hoc-Gruppe über Probleme des Ost-West-Handels und der russische Delegierte mit seiner schließlich etwas abgeändert angenommenen Resolution, die dem Exekutivsekretär aufträgt, den Regierungen die jetzt vorliegenden Vorschläge für die technische und industrielle Zusammenarbeit zu unterbreiten. Andere bedeutungsvolle Resolutionen

von den insgesamt angenommenen 15 sind eine über die Revision der Straßenverkehrskonvention aus dem Jahre 1949, worin der Wirtschafts- und Sozialrat der UN aufgefordert wird, noch dieses Jahr eine Konferenz einzuberufen, ferner eine Resolution über die Aktivitäten der Kommission in Beziehung zur Welthandelskonferenz, in der unterstrichen wird, daß die ECE dieser Zusammenarbeit die Priorität einzuräumen wünsche und der Handelsausschuß eine detaillierte Untersuchung über die in seinen Kompetenzbereich fallenden Empfehlungen durchführen solle. Schließlich ist die Fortsetzung der Arbeit in der sogenannten Platengruppe beschlossen worden.

Wie üblich ist auch die Frage der Zone kurz behandelt worden. Den Anträgen des Ostens auf eine Zulassung der Zone als Vollmitglied wurde mit dem bekannten Argument, diesmal von Frankreich und Großbritannien, entgegnet, daß sich der Status der Zone nicht verändert habe. Im allgemeinen war das politische Klima besonders gut, und Themen wie Vietnam und Santo Domingo wurden nur am Rande gestreift. Die östliche Seite hatte offensichtlich nicht darauf abgestellt, propagandistische Erfolge zu erzielen, um so mehr, als sich die Länder des europäischen Südostens sehr betont bei polemischen und politischen Erklärungen ebenso zurückgehalten haben, wie das Jugoslawien in diesem Kreise schon immer tat. Es zeigte sich aber vor allen Dingen, daß die leider viel zu wenig bekannte ECE, als einziges alle Staaten Europas umfassendes Gremium, nach wie vor ihre wichtigste Aufgabe in dem Gespräch zwischen europäischem Westen und europäischem Osten bzw. Südosten hat. Wir sollten uns politisch mehr um die ECE kümmern, auch wenn ihre Jahresversammlungen gegenwärtig eher wegen des Zonenproblems außenpolitisch schwierig sind und den Delegierten aus der Bundesrepublik keine angebrachte Unterstützung zuteil wird. (Die ECE-Tagung fand vom 2. April bis 8. Mai statt.)

UN-Konferenz für Transithandel in New York

Die UN-Konferenz für ein Transit handelsübereinkommen endete in New York nach fast fünfwöchiger Dauer am 8. Juli 1965. An der Konferenz beteiligten sich auf Einladung des UN-Generalsekretärs 58 Staaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland. Elf weitere Staaten nahmen als Beobachter teil. Die deutsche Delegation wurde von Ministerialdirigent Dr. Neupert, Bundesverkehrsministerium, geleitet. (Vgl. Heft 3/65 S. 104.)

Die New Yorker Konferenz geht auf eine Initiative zurück, die eine Reihe von Entwicklungsländern im Rahmen der Welthandelskonferenz im Frühjahr 1964 in Genf ergriffen hatten. Sie wiesen darauf hin, daß es für die Länder ohne Meeresküste und ihre wirtschaftliche Entwicklung lebenswichtig sei, ungehinderten Zugang zum Meer zu erhalten und die Einräumung entspre-

chender Transitmöglichkeiten durch eine weltweite Konvention zu sichern. Die Welthandelskonferenz stellte zunächst eine Reihe von Grundsätzen auf, die dieses Verlangen der Binnenländer, jedoch gleichzeitig auch die Interessen der Transitländer berücksichtigen. Auf eine Empfehlung der Welthandelskonferenz stellten die Regierungssachverständigen von 24 Ländern im Herbst 1964 einen Vertragsentwurf auf, der der soeben beendeten UN-Transithandelskonferenz als Diskussionsgrundlage diente.

Über die 25 Artikel dieses Entwurfs berieten die Regierungsbevollmächtigten vom 7. Juni 1965 ab in New York. Sie erarbeiteten einen Kompromißtext, der am 8. Juli 1965 mit 46 Stimmen ohne Gegenstimme bei sieben Enthaltungen angenommen wurde. Der Stimme enthalten haben sich die Transitländer Frankreich, Kongo (Brazzaville), Pakistan, Rumänien, Südafrika, Thailand und Vietnam. Die deutsche Delegation hat dem Gesamttext der Konvention zugestimmt, jedoch zu einzelnen Artikeln Vorbehalte angemeldet.

Die endgültige Fassung der Konvention besteht aus einer Präambel und 23 Artikeln. Die Präambel erinnert u. a. an die Charta der Vereinten Nationen, an die Konvention über die Hohe See und an die von der Welthandelskonferenz aufgestellten Grundsätze. Art. 1 ist den Definitionen gewidmet. Art. 2 enthält Bestimmungen über die Freiheit des Transits. Art. 3 zielt darauf ab, die Erhebung von besonderen Ein- und Ausfuhrzöllen für den Transitverkehr zu vermeiden. Art. 4 befaßt sich mit den Verkehrsmitteln und den Tarifen. Art. 5 enthält Vorschriften für eine vereinfachte Abfertigung und Dokumentation. Art. 6 ist den Lagermöglichkeiten für Transitgüter gewidmet. Art. 7 fordert die Vermeidung von Verzögerungen beim Transit. Art. 8 sieht die Möglichkeit der Errichtung von Freizonen vor. Nach Art. 9 sollen bisher gewährte größere Transiterleichterungen weiter gelten. Art. 10 regelt das Verhältnis zur Meistbegünstigungsklausel. Die Art. 11 bis 14 befassen sich mit Ausnahmen, insbesondere im Interesse des Sicherheitsbedürfnisses des Transitstaates. In Art. 15 ist der Grundsatz der Gegenseitigkeit verankert. Art. 16 sieht bei Streitigkeiten ein obligatorisches Schiedsverfahren vor. Die Art. 17 bis 23 regeln im wesentlichen die Unterzeichnung, Ratifizierung und Inkraftsetzung der Konvention.

Die Konvention bezieht sich, im Gegensatz zu dem Barcelona-Statut über die Freiheit des Durchgangsverkehrs aus dem Jahre 1921, nur auf den Güterverkehr. Die Konvention soll auch keinen Ersatz, sondern eine Ergänzung zum Barcelona-Statut darstellen.

Die Schlußabstimmung am 8. Juli 1965 bedeutet noch keine rechtliche Bindung der Teilnehmerstaaten. Die Frage der Unterzeichnung der Konvention wurde von dem Leiter der deutschen Delegation in New York offen gelassen. Die Zeichnungsfrist läuft erst am 31. Dezember 1965 ab. Es besteht somit Gelegen-

heit, den Konventionstext gründlich zu prüfen und – im Falle einer deutschen Zustimmung – die Vorbehalte sorgfältig zu formulieren.

Diese zielen vor allem darauf ab, sicherzustellen, daß durch die Transitsysteme der Binnenländer die Verkehrsstruktur der Transitstaaten und die Handhabung ihrer Verkehrsgesetze nicht beeinträchtigt und die nationalen Verkehrsunternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit nicht geschmälert werden. Daher gab die deutsche Delegation nach der Schlußabstimmung die Erklärung ab, daß nach deutscher Auffassung die nationalen Gesetze und Verwaltungsvorschriften auch für den Transitverkehr so lange gelten, wie keine besonderen Vereinbarungen mit anderen Vertragsstaaten getroffen worden sind. Weitere Vorbehalte legte die deutsche Delegation gegen die Formulierung einer staatlichen Verpflichtung ein, einen Einfluß auf die Tarife der Verkehrsunternehmen auszuüben. Auch die Übernahme einer staatlichen Verpflichtung, angemessene Verkehrsmittel sowie Lagermöglichkeiten für Transitbeförderungen zur Verfügung zu stellen, mußte die deutsche Delegation mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland ablehnen.

Herztod im mittleren Alter nimmt weiter zu

Die Zahl der Todesfälle an Herzkrankheiten im mittleren Alter steigt ständig an. Das berichtet das europäische Büro der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Der Anstieg war zwischen 1956 und 1961 mit 46 vH am höchsten in Norwegen. Es folgen Italien mit einem Anstieg von 20 vH, sowie Dänemark und die Niederlande mit 19 vH. Auch in Deutschland stehen die Erkrankungen des Herzkreislaufsystems weiterhin an der Spitze der Todesursachen. – Richtige Freizeit und Erholung mit regelmäßiger sportlicher Betätigung oder leistungskörperlicher Bewegung wie Wandern, Schwimmen und Radfahren werden für den nervösen und gehetzten Menschen unserer Zeit als die beste Vorbeugung gegen drohende Erkrankungen des Herzkreislaufsystems empfohlen.

Internationales Büro zur Erforschung von Krebs und Plan für ein Weltgesundheitsforschungszentrum

Untersuchungen über die ungewöhnlich hohe oder niedrige Häufigkeit der Krebserkrankungen in den verschiedenen Regionen der Welt, die weitgehend von den dort vorherrschenden sozialen Gewohnheiten und umweltbedingten Einflüssen abhängt, soll Hauptaufgabe des Internationalen Büros zur Erforschung von Krebs sein, das während der 18. Jahrestagung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gegründet wurde. An der Ausarbeitung der Satzungen dieses Büros waren Frankreich, die Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und die Vereinigten Staaten beteiligt. Außer der epidemiologischen Zielsetzung wird das Büro versuchen, Forschungspersonal auszubilden und die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erfor-

schung von Krebskrankheiten zu fördern. – Die anfallenden Kosten des Büros sollen durch jährliche Beiträge der Mitgliedstaaten in Höhe von je \$ 150 000 gedeckt, Forschungsaufträge jedoch darüber hinaus aus besonderen finanziellen Zuwendungen oder Subventionen bestritten werden. Der Verwaltungsrat des Büros wurde daher ermächtigt, Spenden zu diesem Zweck von Einzelpersonen, Körperschaften und Regierungen entgegenzunehmen. – Auf der gleichen Sitzung wurde beschlossen, Pläne zur Errichtung eines Weltgesundheitsforschungszentrums weiterzuvorführen. Die Versammlung stimmte in der Überzeugung überein, daß es in der heutigen Situation dringend notwendig sei, die zukünftige Arbeit der Weltgesundheitsorganisation sorgfältig zu planen und die medizinische Forschung und Ausbildung auf dem Gebiet der Epidemiologie, der ansteckenden Krankheiten und der bio-medizinischen Probleme anzuregen, zu fördern und mit anderen Institutionen zu koordinieren.

Cholera und Pest im Jahre 1964

1964 wurden in der Welt 1457 Fälle von Pest, davon 121 tödlich, gemeldet. Die entsprechenden Angaben für 1963 beliefen sich auf 862 Fälle, von denen 142 tödlich ausgingen. Diese Zahlen wurden jetzt von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bekanntgegeben. Der unerwartete Anstieg ist vor allem durch den Ausbruch von Epidemien in Tansania und Vietnam verursacht worden, wo 513 bzw. 300 Fälle – doppelt so viel wie im Vorjahr – gemeldet wurden. – Die Pest trat hauptsächlich in drei Gebieten auf. In den nördlichen Teilen Perus und den angrenzenden Gebieten Ekuadors war die Zahl der gemeldeten Fälle mit 310 gleichbleibend. In Nordost-Brasilien stiegen die Erkrankungen von 39 auf 150, und in den südlichen Teilen Indiens ging die Zahl der Erkrankungen weiterhin zurück. Dieser Trend wurde seit 1962 beobachtet. Es wird allgemein angenommen, daß die Pest, mit Ausnahme der Epidemie in Tansania, nicht durch den internationalen Verkehr weitergegeben wurde. Sie blieb in den meisten Fällen auf Hafengebiete beschränkt. Im Gegensatz zu der verhältnismäßig beständigen Zahl der Pesterkrankungen stieg die Zahl der Choleraerkrankungen in der Zeit von 1963 bis 1964 von 65 157 auf 81 400 Fälle. Dieser steile Anstieg ist durch den Ausbruch einer Epidemie in Vietnam bedingt, wo 1963 keine einzige, 1964 aber 20 186 Erkrankungen verzeichnet wurden. Auch die übrigen Länder Asiens waren nicht cholerafrei. In vielen Fällen wurde eindeutig erwiesen, daß die Cholera durch Flugpassagiere übertragen wurde. Obwohl die Inkubationszeit, also die Zeit von der Infektion bis zum Ausbruch der Krankheit, für Cholera sehr kurz ist, brach sie in den meisten Fällen erst aus, als die Passagiere ihren Bestimmungsort schon erreicht hatten. In Kambodscha wurde festgestellt, daß die Cholera durch Fischer eingeschleppt wurde, die sich den landesüblichen sanitären Untersuchungen entziehen konnten.

Tagung des Exekutiv Ausschusses der Weltorganisation für Meteorologie (WMO)

Der Exekutiv Ausschuss der WMO trat vom 27. Mai bis 11. Juni 1965 in Genf zu seiner diesjährigen Tagung zusammen. Unter den 21 Mitgliedern des Ausschusses, die sämtlich Direktoren nationaler Wetterdienste sind, befand sich mit Dr. G. Bell der Präsident des Deutschen Wetterdienstes.

Der Ausschuss befaßte sich, wie es dem Wesen der WMO entspricht, deren Hauptaufgabe die weltweite Zusammenarbeit der Wetterdienste ist, vorwiegend mit Fachfragen.

Den Vorsitz führte der Präsident der WMO, der Direktor des schwedischen Wetterdienstes, Dr. Nyberg. Seine sachliche und zugleich energische Art der Verhandlungsführung trug sehr zum guten Gelingen der Tagung und ihren allgemein befriedigenden Ergebnissen bei. Mit ihm hatte erstmals ein Präsident der WMO in seinem Bericht zu erwähnen, daß er genötigt gewesen war, die Tagung eines Regionalverbandes kurz nach ihrer Eröffnung für geschlossen zu erklären, da das Gastland dem Delegierten eines Landes nicht die satzungsgemäß verbürgten Vorrechte zubilligte und ihn zum Verlassen des Landes aufforderte. In der Behandlung dieser schwierigen Frage, in der der Präsident voll in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Übereinkommens und der Geschäftsordnung gehandelt hatte, bewies der Ausschuss großen Gemeinschaftsgeist und einigte sich zur Vermeidung weiterer Schwierigkeiten auf die künftige Verlegung dieser Tagung nach Genf.

Das umfassendste fachliche Thema war die sog. Weltwetterüberwachung. Sie geht auf Pläne der Amerikaner zurück, und ihre Einführung war vom IV. Kongreß 1963 beschlossen worden. Unter ihr ist ein weltweites meteorologisches System zu verstehen, das es allen Wetterdiensten der Erde gestattet, einen möglichst lückenlosen Einblick in den Zustand der Atmosphäre zu erhalten, entweder in Form von aktuellen meteorologischen Daten als Grundlagenmaterial oder auch in Form von bereits an bestimmten Zentralen erarbeiteten Arbeitsunterlagen, die nur noch der Ausdeutung für prognostische Zwecke bedürften. Der Beschluß von 1963 sieht vor, daß die neugeschaffene Planungseinheit im Sekretariat in Genf Studien ausarbeitet und daß der Exekutiv Ausschuss auf seinen jährlichen Sitzungen ein Rahmenwerk festlegt, das 1967 dem nächsten Kongreß zur Beschlusfassung vorgelegt werden soll.

Da im Wetterbeobachtungsnetz auf der Erde noch große Lücken sind, wird besonderer Wert auf den Ausbau der Stationsnetze gelegt. Das gilt für die Land-, Schiffs- und Höhenbeobachtungen (mit Hilfe von Radiosonden und driftenden Ballonen) und setzt erhebliche finanzielle Anstrengungen voraus, insbesondere, wenn man bedenkt, daß in den weiten Seegebieten Wetterschiffe

und automatische Wetterbojen eingesetzt werden sollen. Auch werden die laufenden Beobachtungsergebnisse der Wettersatelliten voll in das System der Weltwetterüberwachung einbezogen werden. Ein besonderes Problem ist hierbei, daß es neuer und zusätzlicher Fernmeldeverbindungen bedarf, um das System des weltweiten Austausches und der Versorgung aller Dienste im Zeitalter ständig zunehmender prognostischer Aufgaben (z. B. Ausweitung des Weltflugnetzes) sicherstellen zu können. Für die Bundesrepublik Deutschland war es von besonderer Bedeutung, wie weit bereits vorhandene Fernmeldesysteme in die neuen Pläne einbezogen werden sollten. Der Deutsche Wetterdienst stellt mit seiner Wetterfernmeldezentrale in Offenbach einen der fünf Knotenpunkte im Wetterfernmeldeaustausch der Nordhalbkugel (neben New York, Moskau, Neu Delhi und Tokio). Die bisherigen Pläne der Weltwetterüberwachung sehen als oberste verantwortliche Betriebsstellen die »Weltzentralen« Washington, Moskau und Melbourne vor. Es kann für die Bundesrepublik Deutschland und für Westeuropa nicht gleichgültig sein, ob der Hauptfernmeldekanal unmittelbar und ausschließlich die Weltzentralen verbindet und die Versorgung der westeuropäischen Wetterdienste über Moskau erfolgt, oder ob die bereits vorhandenen und gut eingearbeiteten Nordhalbkugelzentralen in die Hauptleitung einbezogen werden. Für die Bundesrepublik Deutschland war es befriedigend, daß der Exekutiv Ausschuss den Rahmenplan (ohne schon bestimmte Orte zu nennen) so festlegte, daß die vorhandenen Zentralen Glieder der weltumspannenden Fernmeldekette werden können. Die Festlegung im einzelnen wird der Sitzung im nächsten Jahr vorbehalten bleiben.

Die zweite wichtige Fachfrage betraf die erste Verteilung von Mitteln aus dem sog. Neuen Entwicklungsfonds. Er war 1963 vom Kongreß in Höhe von 1,5 Mill. Dollar geschaffen worden, um Projekte wetterdienstlicher Art in Entwicklungsländern zu finanzieren, auf die keines der bestehenden umfassenden UN-Entwicklungsprogramme (EPTA, Sonderfonds) angewandt werden kann.

Besonders erfreulich aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland ist es, daß sich unter den genehmigten Projekten der Ausbau der Wetterfernmeldezentrale in Nairobi befindet, mit der die deutsche Zentrale in Offenbach in einem laufenden Austausch der europäischen und afrikanischen Wettermeldungen steht. Er hat z. B. große Bedeutung für die meteorologische Sicherung der Luftfahrt zwischen Europa und Afrika.

So sind auf der Tagung des Exekutiv Ausschusses der WMO in Genf zahlreiche wichtige Entscheidungen getroffen worden, die geeignet sind, die wetterdienstlichen Arbeiten in den meisten Ländern zu verbessern. Sie reiften oft erst nach langen Debatten, die sich aber mit einem starken Gefühl für Gemeinsinn abspielten, wie er in dieser Weltorganisation sehr ausgeprägt ist.